Artikel vom 06.10.2022 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 09:07 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/was-gibt-es-neues-beim-wolf

Was gibt es Neues beim Wolf?



Foto: pixabay

Weitere Übergriffe: Im südlichen rechtsrheinischen Teil des Kreises Wesel kam es laut Gahlener BürgerForum (GBF) mutmaßlich zu erneuten Übergriffen durch Wölfe. So verschwand in der Nacht vom 17. zum 18. September ein Bretonisches Bergschaf in Voerde, ein weiteres wurde schwer verletzt. An der dortigen Umzäunung seien keine Untergrabungen oder Durchschlupfmöglichkeiten an dem mobilen Elektrozaun gefunden worden. An der vermuteten Übersprungstelle sei die Umzäunung mehr als 1 m hoch gewesen. In Kirchhellen wurde auf der Weide zudem ein weibliches Milchschaf gerissen. Die dortige Weide sei mit eingegrabenen Baustahlmatten mit einer Höhe über Boden von 1,10 m eingefriedet. Untergrabungen und Durchschlupfmöglichkeiten seien auch dort nicht festgestellt worden. In beiden Fällen sei das Landesamt für Natur- und Umweltschutz (LANUV) informiert worden.

Keine Sofortabstimmung über Unionsantrag: In Sachen Wolf trennen CDU/CSU gegenüber SPD und Bündnisgrüne weiter Welten. Das ist bei der Beratung des Antrags der Unionsfraktion zum Wolfsmanagement am Donnerstag vergangener Woche im Deutschen Bundestag nochmals deutlich geworden. Eine Sofortabstimmung über den Antrag wurde von den Koalitionsfraktionen geblockt. Stattdessen wurde dieser federführend in den Umweltausschuss und mitberatend an den Ernährungsausschuss überwiesen. In ihrem Antrag fordern CDU und CSU vereinfachte Möglichkeiten für eine rechtssichere

Wolfsentnahme und die Erlaubnis für die Landesbehörden, eine spezifizierte Anzahl von Wölfen zu töten. In Arealen, in denen ein effektiver Herdenschutz technisch und zu vertretbaren Kosten nicht umzusetzen ist, sollten laut der Union wolfsfreie Zonen definiert werden. Hierzu zählten vor allem die beweideten Küsten- und Hochwasserdeiche sowie der Alpenbogen. Angemahnt werden zudem die Aufnahme des Wolfes in den Katalog der jagdbaren Arten sowie eine Vereinfachung der Entschädigungsverfahren bei Wolfsrissen. Der CDU-Abgeordnete Klaus Mack wies in der Aussprache darauf hin, dass 2020 durch Wolfsangriffe rund 4 000 Weidetiere getötet worden seien. Präventionsmaßnahmen seien eben nicht immer wirksam. Die Weidetierhaltung sei vielerorts ernsthaft bedroht. „Mit ihren grün-roten Träumereien und einer völlig falschen Romantisierung des Wolfes setzen Sie den Erhalt unserer Kulturlandschaft aufs Spiel“, so Mack an die Abgeordneten der Koalition.

Für Abschussquote von 10 %: Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies hat sich für eine klare Regulierung des Wolfsbestands ausgesprochen. Wenige Tage vor der Landtagswahl schlug der SPD-Politiker eine Abschussquote von 10 % vor. Den Bestand im Land bezifferte er bei der Fachtagung „Wolf und Weidetiere – wie geht es weiter mit der Wolfspolitik in Niedersachsen?“ vergangene Woche in Visselhövede auf rund 400 Wölfe. Der Bestand sei nicht gefährdet, die Wolfspopulation würde trotzdem wachsen. „Mehr als 500 Wölfe verträgt das Land nicht“, betonte Lies. Der günstige Erhaltungszustand sei bereits erreicht. Derweil mahnte der Vizepräsident des Landvolks Niedersachsen und Sprecher des Aktionsbündnisses Aktives Wolfsmanagement, Jörn Ehlers, ein schnelles Handeln der Politik an, auch was die Entschädigung bei Nutztierrissen angeht. „Dann hat die Weidetierhaltung in Niedersachsen noch eine Chance“, so Ehlers. 44 Wolfsrudel, vier residente Einzelwölfe und ein Grenzgänger in 48 Wolfsterritorien seien aktuell für Niedersachsen erfasst.

Im vergangenen Monitoringjahr seien 241 Wolfsübergriffe mit 685 toten Tieren verzeichnet worden. „Trotz des gewaltigen, nicht nur finanziellen Aufwands für den Herdenschutz bleiben die Risszahlen auf diesem erschreckend hohen Niveau“, stellte Ehlers fest. Deshalb fordere das Aktionsbündnis eine sofortige Bestandsregulierung sowie den Ausschluss bestimmter Regionen als Ansiedlungsgebiete für Wölfe, also wolfsfreie Regionen. „Alle vom Wolf verursachten Kosten – inklusive der folgenden Unterhaltungskosten – müssen verlässlich ersetzt werden“, betonte der Landvolkvizepräsident.